

mir persönliche Vorteile“ standen 35,4 Prozent bei den 18- bis 30jährigen nur 14,6 Prozent bei den 70jährigen gegenüber. Der Vergleich zwischen Wählern und Nichtwählern läßt daher noch keine großen Unterschiede erkennen. Und dennoch zeichne sich ab, daß der „idealistische, selbstlose Wähler, der sich für die seiner Ansicht nach dem Allgemeinwohl zuträglichste Partei entscheidet“, ein Auslaufmodell sei.

Symptom einer Abwendung von der Politik

Zu der Frage der *Ursachen* – und solche Überlegungen dürften nicht nur für Wahlkampfstrategen wichtig sein – lassen, so Eilfort, die Umfrageergebnisse keine monokausalen Erklärungen zu. Es habe sich gezeigt, daß für eine Wahlenthaltung *nur selten ein einziger Grund* den Ausschlag gibt. Erst das Zusammenspiel mehrerer Gründe sei für die Stimmenthaltung entscheidend. Nicht bestätigen läßt sich aus den Ergebnissen dieser Umfrage die wohl weitverbreitete Ansicht, ein *sicher scheinender Wahlausgang* habe unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Wahlbeteiligung: Die Bundestagswahl 1990 habe ein Großteil der Wahlberechtigten bereits vor der Wahl als entschieden betrachtet. Nur geringe Unterschiede habe es bezüglich dieser Einschätzung zwischen Wählern und Nichtwählern gegeben.

Aufschluß können die Untersuchungsergebnisse auch zu der vielzitierten *Politikverdrossenheit* geben: 44,9 Prozent der Nichtwähler pflichten uneingeschränkt der Aussage bei, Politiker würden sowieso machen, was sie wollen. Für 22,6 Prozent der Sichenthaltenden sind ohne Einschränkung die Parteien in ihrer Gesamtheit korrupt, immerhin noch 30,2 Prozent stimmen dem „eher zu“. Fazit: Nichtwähler haben ein wesentlich schlechteres Bild von Politikern und Parteien als ihre wählenden Mitbürger.

Abnehmende Wahlbeteiligung könne auch, so eine weitere Vermutung, eine beginnende Abwendung eines Teils der Bevölkerung von der Politik sein. Dies scheint die rapide – und deutlich

von anderen Berufsgruppen unterschiedene – Abnahme der Wahlbeteiligung vor allem der ungelerten und gelerten Arbeiter seit 1983 zu bestätigen. Die eifrigsten Wähler sind nach wie vor Beamte, gefolgt von Selbständigen und Angestellten. Auch die Regel einer Zunahme der Wahlbeteiligung mit einem höheren Sozialstatus bestätigt sich für Eilfort mit den Umfrageergebnissen. Die stärkste Gruppe der Nichtwähler verfügt über einen Hauptschulabschluß.

In der für die Analyse der gegenwärtigen politischen Kultur entscheidenden Frage, ob Wahlenthaltung Ausdruck von Desinteresse und Indifferenz oder doch Ergebnis bewußter Entscheidungsprozesse ist, ergibt sich für Eilfort das Bild des „nichtwählenden Wählers“. Denn nur 3,1 Prozent der Nichtwähler begründeten ihre Enthaltung mit politischem Desinteresse, während 21,7 Prozent politische Gründe dafür verantwortlich machten. 74 Prozent bezeichneten sich selbst als politisch interessiert. (Ein „sehr starkes politisches Interesse“ bekundeten allerdings nur 9,9 Pro-

zent, deutlich unterschieden von den 22,1 Prozent bei den Wählern.)

Motive für die Wahlenthaltung

Eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlers *Carsten Ascheberg* vom Heidelberger Sinus-Institut bestätigt die Untersuchungsergebnisse von Eilfort. Dieser Studie liegen mehrstündige Interviews mit 50 Nichtwählern bei der Bundestagswahl 1990 zugrunde. Sieben Motivgruppen haben sich für die Entscheidung zur Wahlenthaltung herauskristallisieren lassen: aggressive Abwendung von Parteien und Politikern, ein Gefühl von Satttheit, radikale Opposition gegen das politische System, die Einstellung, daß Wahlen angesichts der großen Probleme in der Welt sinnlos seien, politischer Protest aus einem aktuellen Anlaß, die selbstbewußte Ablehnung einer männlich dominierten politischen Arena durch Frauen und ein radikaler Individualismus, der sich von der Wahl keinen persönlichen Vorteil verspricht. A. F.

Christen/Muslime: Wie kann der Dialog weitergehen?

Wie können Christen mit Muslimen, insbesondere mit Islamisten, muslimischen Fundamentalisten also, ins Gespräch kommen? Gibt es eine gemeinsame Sprache, die die gegenseitig aufgebauten Feindbilder abbauen helfen kann?

Diese Fragen wurden auf einem Symposium gestellt, zu dem die Stiftung der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am 30./31. Januar zum Thema „Christen und Muslime in der Verantwortung für eine Welt- und Friedensordnung“ eingeladen hatte. Eine interessante Antwort kam von einem anwesenden Islamisten, dem Ägypter *Abmed El Khalifa*, Leiter des Islamischen Zentrums München. „Wir Muslime kennen unsere Väter nicht. Eine Zeitlang waren wir nicht Muslime.

Eine Zeitlang haben wir die eurozentrischen Gedanken übernommen. Plötzlich sind wir enttäuscht von diesen Gedanken. Wir wollen zurück zu unserem Islam und finden ihn nicht; vielleicht in den Büchern, aber in der Praxis finden wir ihn nicht. Wir suchen momentan. Es brütet bei uns momentan. Bei diesem Entwicklungsprozeß werden wir alle positive und negative Erfahrungen sammeln. Aber diese Erfahrungen, positive und negative, sind beide notwendig für eine Stabilisierung der Gesellschaft zum Schluß. Laßt uns mit unseren positiven und negativen Erfahrungen. Schaut uns zu und arbeitet mit uns in dem, was wir gemeinsam machen können.“ Damit gelang ihm eine prägnante Situationsbeschreibung und ein aufschlußreicher Einblick in die Gefühls-

lage, die Millionen von Menschen in islamischen Ländern derzeit bestimmt. Man muß die Enttäuschung, mit der sich vor allem der ausgebildete, aber perspektivlose Mittelstand von dem ehemaligen Vorbild Westen abwendet, im Auge behalten, um auch die radikaleren Formen der gegenwärtigen Identitätssuche in der islamischen Welt besser zu verstehen. Gerade weil viele Menschen so große Hoffnungen in ihn gesetzt hatten, fühlen sie sich nun vom Westen betrogen, der sie immer noch nicht als gleichwertige Partner anerkennt. Dieselbe kampfbereite Abwehrreaktion trifft auch einheimische „westlich orientierte“ Regierungen. Mit einem Blick auf die Kolonialgeschichte und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird der Nachdruck verständlich, mit dem große Massen, die sich zu Recht von ihrer eigenen Geschichte enteignet fühlen, von der Zuschauerseite auf die Bühne drängen. Doch gerade dann wird man der abschließenden Aufforderung El Khalifas zum bloßen Zuschauen widerstehen müssen. Vertreter christlicher Minderheiten aus muslimischen Ländern taten das auf dem Symposium mit großer Deutlichkeit.

Viel Konsens kann ohnehin noch nicht erwartet werden in der gegenwärtigen Phase des Dialogs mit dem Islam, der ja auch von der katholischen Kirche nach Jahrhunderten der Polemik erst seit knapp 30 Jahren ausdrücklich gesucht wird. So mußte der Akzent auch bei dem Symposium mehr auf dem liegen, was die Konzils-erklärung „Nostra aetate“ mit „aufrichtigem Bemühen um gegenseitiges Verstehen“ als Ziel für das Gespräch mit anderen Religionen vorgegeben hat. Das bedeutet Differenzierung der Perspektiven, Aufmerksamkeit für Schwierigkeiten im Vorverständnis und Klärung der eigenen Positionen.

Zunächst sind etliche Phänomene, die allgemein „dem Islam“ zugeschrieben werden, auf ihre spezifisch islamische Komponente zu hinterfragen. Hier wäre die *Vorrangstellung der Gemeinschaft vor dem Individuum* zu nennen, die im Moralverständnis und in der Rechtspraxis deutliche Abwei-

chungen von neuzeitlich-europäischen Axiomen erkennen läßt. Diese Vorrangstellung ist jedoch Gemeingut fast aller asiatischen und afrikanischen Gesellschaften und mithin nicht spezifisch islamisch. Weiterhin sind zahlreiche Probleme muslimischer Minderheiten in Europa überhaupt nicht oder nur mittelbar an die Religionszugehörigkeit gekoppelt.

Umgang mit Minderheiten als Prüfstein

Auf dem Symposium wurden jedoch auch grundsätzlichere Differenzierungen deutlich. Die oft ausdrücklich oder unterschwellig wirksame Gleichung Christentum = Westen = Erste Welt beziehungsweise Islam = (Naher) Osten = Dritte Welt ist mittlerweile mehr ein polemisches als ein analytisches Instrument. Gut zwei Drittel der Christen leben heute in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien; die Tendenz ist steigend. Der Anteil der arabischen Muslime am Weltislam liegt etwa bei einem Sechstel; die Tendenz ist fallend. Zwei Drittel der Muslime leben in Asien, ein Sechstel in Schwarzafrika. Etwa acht Millionen Muslime leben in Europa, darunter ein beträchtlicher Anteil autochthone in Bosnien und Albanien. Umgekehrt leben in den Patriarchaten des Nahen Ostens einschließlich Äthiopien etwa 25 Millionen Christen; mindestens jeder zwanzigste Araber ist ein Christ.

Aus dieser Differenzierung läßt sich vielleicht als *Desiderat* ableiten, den *religiösen Minderheiten* als den primären Trägern eines „Dialogs des Alltags“ mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch wenn die Minderheitensituation nicht frei von ihr eigenen Übertreibungen ist, die Erfahrung der arabischen Christen oder der muslimischen Immigranten in Europa ist zu wertvoll, um übergangen zu werden. Man muß ihr allerdings erst Gehör verschaffen, denn von sich aus kann sie sich nicht so laut artikulieren wie die Mehrheitsreligion oder wie extremistische Gruppen.

In der Hinwendung zu den eigenen religiösen Minderheiten könnte au-

ßerdem bereits „im eigenen Lager“ jene kulturelle Toleranz eingeübt werden, die auch in der Hinwendung zu anderen Religionen unverzichtbar ist. Schließlich ist der Umgang mit den religiösen Minderheiten der anderen Religionen ein wichtiger Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Dialogs. Daß hier im Verhältnis zwischen Christen und Muslimen noch vieles im argen liegt, zeigte sich auf dem Frankfurter Symposium immer wieder. Die Sensibilität wächst jedoch, wie Stellungnahmen, Appelle und die Einrichtung spezieller Sekretariate und Kommissionen in zahlreichen europäischen Diözesen und Bischofskonferenzen zeigen.

Eine weitere wichtige Differenzierung scheint fällig hinsichtlich des Begriffs der „europäischen Moderne“. Christentum wird aus der Perspektive von Muslimen immer wieder identifiziert mit den säkularisierten westlichen Gesellschaften. Wenn diese Identifizierung nicht zuletzt der leichteren Abgrenzung von der eigenen Religion dient, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß Muslime damit sowohl den westlichen Gesellschaften als auch den Kirchen die unbequeme, weil noch immer unbeantwortete Frage nach dem Verhältnis von christlichem oder überhaupt religiösem Glauben und Säkularisation stellen.

Der Islam und die europäische Identität

Das Schlagwort von der „Neuen Evangelisierung Europas“ dokumentiert das ebenso wie unbeholfene Reaktionen öffentlicher Behörden, etwa beim Bau von Moscheen oder in der „Schleier-Affäre“ vor zwei Jahren in Paris, wo zwei muslimische Teenagerinnen mit ihrer Weigerung, im Schulunterricht den Schleier abzulegen, sogar den französischen Senat beschäftigten. Die zur Klärung anstehende Beziehung ist also nicht in der verzerrenden Polarisierung „Christlicher Westen“ versus „Muslimische Dritte Welt“ erfaßt, sondern müßte in Richtung einer Triade christlicher Glaube/Kirche, säkular-laizistische Gesellschaft und muslimischer Glaube/Umma (die weltweite muslimische

Glaubensgemeinschaft) gesucht werden — wobei die Beziehungen zu anderen Religionen noch gar nicht angesprochen wären.

Das wird auch deutlich in den Stellungnahmen des gegenwärtigen Papstes. Seine Appelle zu einer Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln Europas sind weithin bekannt. Weniger bekannt sind seine zahlreichen ermutigenden Aufrufe an Muslime und Christen, in einen ernsthaften Dialog zu treten. Kein Papst hat sich bisher so in dieser Sache engagiert wie Johannes Paul II. Über die Grundlinien der Konzilserklärung „Nostra aetate“ hinaus zollt er dabei den Muslimen vor allem Anerkennung für die Bereitschaft, ihren Glauben in Wort und Tat öffentlich wirksam werden zu lassen. Zugleich klagt der Papst jedoch immer wieder das *Grundrecht auf Religionsfreiheit* ein, so zuletzt in der diesjähri-

gen Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps, zu dem auch die Vertreter fast aller Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit zählen.

Wie hätte ein „christliches Europa“ auszusehen, in dem das Recht auf Religionsfreiheit und damit der religiöse Pluralismus seinen festen Platz behielte? Wie ist die Rede von den „Rechten Gottes gegenüber den Menschen“, in der Johannes Paul II. wie schon sein Vorgänger Paul VI. sich mit einer Grundposition des islamischen Rechtsverständnisses trifft, zu vereinbaren mit dem neuzeitlichen Rechtsverständnis, dessen Errungenschaften etwa im Bereich der Menschenrechte oder des Völkerrechts kirchlicherseits ja wohl nicht mehr in Frage gestellt werden? Wie soll eine Identität Europas bestimmt werden im Blick auf seine nichtchristlichen, z. B. jüdischen oder antiken Wurzeln,

oder im Blick auf neuere „Aufpfropfungen“, wie etwa die durch muslimische Immigranten wachsende Präsenz des Islam?

Das alles sind Fragen an die eigene christliche Ortsbestimmung, die durch den Dialog mit dem Islam vielleicht nicht ausgelöst, aber doch verschärft werden. Mindestens ebenso brisanten Fragen sieht sich der Islam gegenüber. Daß trotz der gegenseitigen Verschränkung dieser Prozesse einer neuen Identitätsbestimmung gerade auch auf praktisch-politischer Ebene kaum auf eine synchrone Entwicklung zwischen islamischen und westlichen Gesellschaften, zwischen muslimischen und christlichen Glaubensgemeinschaften zu hoffen ist, mag den Dialog oft anstrengend und enttäuschend machen. Es macht ihn zugleich nur um so notwendiger.

G.S.

Der „amerikanische Traum“ in der Krise

Die Vereinigten Staaten im Jahr der Präsidentschaftswahlen

Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig voller Selbstzweifel: Der Staat sieht sich einer gigantischen Verschuldung gegenüber; mit Japan und Europa sind den USA potente wirtschaftliche Konkurrenten erwachsen; sozialpolitisch weist das Land erhebliche Defizite auf und eine schwer zu kontrollierende Einwanderung von Süden hat damit begonnen, die USA kulturell und ethnisch nachhaltig zu verändern.

Eine der erstaunlichsten Erscheinungen im Zusammenhang mit dem Ende der Sowjetunion ist die Tatsache, daß ihr militärischer, ideologischer und wirtschaftlicher Gegner Nummer eins, die Vereinigten Staaten von Amerika, daraus keinen nennenswerten Nutzen zu ziehen scheinen. Siegesstimmung kam erst gar nicht übermäßig auf – die nunmehr alleinige Supermacht wurde unerwartet schnell auf den Boden der innenpolitischen Tatsachen zurückgeholt. Und selbst der entschlossene militärische Einsatz der multinationalen Streitkräfte unter der Führung der USA im Auftrag der Vereinten Nationen am Golf samt dem militärischen Sieg über den Irak Saddam Husseins hat insgesamt nur mäßige Siegesfreude ausgelöst: Und zwar nicht nur deshalb, weil es nicht gelang, den Intimfeind Saddam Hussein selbst auszuschalten, sondern vor allem, weil die innenpolitische Lage der Vereinigten Staaten nicht so ist, daß sich ausgelassen feiern ließe.

So sehen denn auch neun Monate vor den kommenden Präsidentschaftswahlen im November, und obwohl Amerika außenpolitisch unangefochtener denn je dasteht, die Aussichten des regierenden Präsidenten *George Bush* auf einen Verbleib im Weißen Haus für weitere vier Jahre nicht übermäßig rosig aus. Was mit den Siegen in Osteuropa und dem Nahen Osten im Rücken zunächst geradezu ein *Spaziergang* zu werden versprach, erfordert inzwischen alle Kräfte der Präsidiälmacht und der republikanischen Wahlhelfer.

Mehr Abrüstung schafft mehr Arbeitslosigkeit

Einer Umfrage von CBS-Fernsehen und der „New York Times“ von Mitte Januar zufolge erklärten 49 Prozent der Befragten, daß sie im Herbst den demokratischen Kandidaten – wer immer dies sein werde – wählen würden und nur 42 Prozent den amtierenden Präsidenten (*Le Monde*, 22. 1. 92). Daß Bushs Aussichten nicht noch schlechter aussehen, hat auch damit zu tun, daß sich ein wirklich ernstzunehmender Herausforderer der *Demokratischen Partei* bisher nicht aufdrängt.

Im beginnenden Wahljahr schreibt sich auf diese Weise fort, was die gesamte Präsidentschaft von Bush bereits begleitete: Die Wochenzeitung „Time“ ruft alljährlich je-